



Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Grundbildung für alle sichern - Analphabetismus entgegenreten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern einen konkreten Umsetzungsplan zur Sicherung der Grundbildung zu erarbeiten, der eine genaue Definition von Zielvorgaben, Zuständigkeiten, bereitgestellten Mitteln und Zeitplänen beinhaltet;
2. gemeinsam mit der Bundesebene und den anderen Bundesländern dauerhafte, auf Nachhaltigkeit angelegte Finanzierungsmodelle zur Sicherung des qualitativen und quantitativen Ausbaus von Grundbildung und Alphabetisierungskursen in der Erwachsenenbildung und im Bereich der Integrationskurse zu erarbeiten und umzusetzen;
3. dafür Sorge zu tragen, dass die zusätzlichen Mittel nicht auf Kosten anderer Bildungsmaßnahmen bereitgestellt werden;
4. die Grundbildung flächendeckend, gebührenfrei und für jeden zugänglich bereitzustellen;
5. sich für eine angemessene Bezahlung der Kursleiterinnen und Kursleiter einzusetzen, um u.a. das Berufsbild bzw. die Attraktivität einer solchen Tätigkeit zu stärken;
6. die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte in der Grundbildung zu stärken, indem:
 - a. die Qualifizierung zu Kursleiterinnen und Kursleitern professionalisiert wird,

- b. die Themen der Grundbildung und Alphabetisierung in die Lehreraus- und -weiterbildung verstärkt eingebunden und die Diagnosefähigkeiten der Fachkräfte verbessert werden,
 - c. gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern Standards für die Aus- und Weiterbildung des notwendigen Lehrpersonals zu entwickeln und umzusetzen;
7. bereits bestehende e-learning und blended-learning-Angebote auszubauen und nachhaltig zu stärken, da solche Angebote einerseits eine höhere Anonymität und andererseits mehr Flexibilität bei den Lernenden ermöglichen;
 8. Schwerpunkteinrichtungen bei den Bildungsträgern zu errichten, die ein vielfältiges und ursachenspezifisches Grundbildungsangebot bieten;
 9. die Landesmedienanstalt ihrem Bildungsauftrag entsprechend als PartnerIn zu gewinnen und sie in die gesellschaftliche Pflicht zu nehmen, um sie für die Enttabuisierung von Analphabetismus, die Sensibilisierung der Gesellschaft und die Motivierung von Betroffenen dauerhaft zu gewinnen.

Begründung:

Im Jahr 2012 endet die Weltalphabetisierungsdekade der Vereinten Nationen. Deutschland hat sich vor zehn Jahren dazu verpflichtet, die Zahl der (funktionalen) Analphabeten drastisch zu reduzieren, doch wurden bisher keine nennenswerten Erfolge erzielt. Dies ist das Ergebnis der Studie „leo. – Level-One Studie“ von 2010 im Auftrag des BMBF, die als erste Studie in Deutschland die Größenordnung des Analphabetismus unter der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren in Deutschland untersuchte. Auch der „Nationale Pakt für Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland“ greift ohne die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte zu kurz.

Hauptträger der Alphabetisierung in Schleswig-Holstein sind derzeit die Volkshochschulen, die 90 Prozent aller Alphabetisierungskurse anbieten. Die Nachfrage nach diesen Kursen steigt jeweils stark an, wenn das Thema medial präsent ist. Für einen Ausbau der Alphabetisierungsangebote benötigen die Volkshochschulen aber dringend Unterstützung zum Beispiel bei der Qualifikation der Lehrkräfte.

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. fordert eine verlässliche Planung für die nächsten zehn Jahre. Nur so ist es möglich, ein breites Angebot auch in der Fläche anzubieten. Die Politik ist gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Strategie zur Alphabetisierung und Grundbildung in der Praxis auch umzusetzen.

Björn Thoroé
und Fraktion